Proteste in Frankreich flauen ab

Ruf nach mehr Mitsprache – Schweizer Volksrechte als Modell

RUDOLF BALMER, PARIS

Ist das der Anfang vom Ende der Protestbewegung, die seit Wochen Frankreich erschüttert, oder bloss eine Pause vor dem Weihnachtsfest? Am Samstag haben weniger Leute in gelben Westen demonstriert. Der Polizei ist es gelungen, Krawalle in der Hauptstadt zu verhindern. Doch die Wut der Gelbwesten auf Präsident Macron ist nicht verraucht.

Am fünften Wochenende der Proteste der «gilets jaunes» gegen die Steuer- und Abgabenlast war vor allem in der Hauptstadt ein deutlicher Rückgang der Zahl der Teilnehmenden festzustellen. Zudem wird eine wachsende Zersplitterung der Bewegung sichtbar. Mehrere tausend Gelbwesten versammelten sich am Samstagmittag an drei verschiedenen Orten: auf der Avenue des Champs-Elysées, vor dem Bahnhof Saint-Lazare sowie auf der Place de l'Opéra mit dem Palais Garnier. An allen Orten hinderten mobile Einheiten der Ordnungskräfte, die wie schon vor einer Woche mit Panzerfahrzeugen und berittener Polizei verstärkt worden waren, diese Personen an einem Marsch durch die Quartiere des Zentrums und die Geschäftsstrassen von Paris.

Obwohl diesen Samstag weniger Menschen in Paris demonstrierten, herrschte ein weiteres Mal Hochspannung. STEPHANE MAHE / REUTERS

Ermüdungserscheinungen

Aufgrund der Präzedenzfälle mit schweren Krawallen an zwei Samstagen in Paris herrschte wieder Hochspannung, doch manche Geschäfte und Warenhäuser, die vor einer Woche geschlossen und verbarrikadiert waren, wollten dieses Mal geöffnet bleiben. Am Morgen waren bereits fast hundert Personen vorsorglich festgenommen worden. Im Verlauf des Nachmittags kam es namentlich auf den Champs-Elysées trotzdem zu einigen Zusammenstössen mit Tränengaseinsatz. Die gewaltsamen Vorfälle und die Plünderungen durch Randalierer am Rande der Zusammenstösse haben zweifellos viele «gilets jaunes» davon abgehalten, diesmal überhaupt nach Paris zu reisen. Bezeichnenderweise blieb die Mobilisierung in der Provinz auf den ländlichen Strassenblockaden fast unvermindert stark. Unweit der Grenze zu Belgien starb ein Automobilist, nachdem er in einen von Gelbwesten gestoppten Lastwagen gerast war. Er ist seit dem 17. November das siebte Todesopfer im Umkreis der Protestaktionen.

Demobilisierend und spaltend wirkten die Zugeständnisse, die von Staatspräsident Emmanuel Macron am letzten Montag am Fernsehen angekündigt wurden. Aus den Reaktionen auf den sozialen Netzwerken ist zwar zu schliessen, dass viele «gilets jaunes» diese Konzessionen für völlig ungenügend halten. Dennoch beginnen diese sich auch zu fragen, ob mit einer Fortsetzung der Proteste mehr zu erreichen sei. Nach mehr als vier Wochen machen sich unter ihnen langsam Ermüdungserscheinung bemerkbar. Auch mag der Schock des terroristischen Attentats von Strassburg ein Motiv sein, aus Respekt für die Opfer und für die Ordnungskräfte auf erneute Aktionen zu verzichten, die in Gewalt ausarten könnten.

Maximalistische Forderungen

In den Reihen der «gilets jaunes» werden neben der Erhöhung der Kaufkraft immer expliziter politische Änderungen verlangt. Im Zentrum der Forderung nach einer direkten Mitsprache für das Volk steht die Idee eines Referendums- und Initiativrechts für die Bürger nach dem Modell der Schweiz. Freilich kennen die wenigsten, die davon reden, dies auch nur ansatzweise. Für das politische System der Fünften Republik mit ihrer vertikalen Machtstruktur und ihrem Zentralismus erscheint ein solches Ansinnen nahezu revolutionär.

Dass die Protestbewegung, die mit der Empörung über steigende Treibstoffpreise und die krasse Benachteiligung der Landbevölkerung bei den Transportkosten begonnen hatte, am Ende nun mit maximalistischen Zielen nicht weniger als einen Umsturz anstrebt, dürfte zuletzt der Staatsführung entgegenkommen. Denn solange keine glaubwürdige politische Alternative existiert, bleibt der umstrittene Macron vor der Aussicht auf ein Chaos der einzige Garant für Ruhe und Ordnung. Er könnte sich darum General de Gaulle zum Vorbild nehmen, der nach den Unruhen vom Mai 1968 auf die Karte der Angst der Bürger vor der Ungewissheit und vor einem drohenden Bürgerkrieg gesetzt hatte. Danach gewann er die im Juni angesetzten Neuwahlen haushoch.

Hin und zurück in Sri Lanka

Der abgesetzte Premierminister Wickremesinghe wird wieder vereidigt

BRITTA PETERSEN

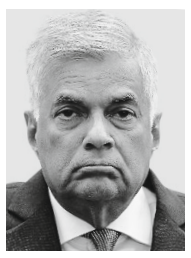
Sri Lankas abgesetzter Premierminister Ranil Wickremesinghe ist wieder im Amt. Am Sonntag legte der 69-Jährige in der Hauptstadt Colombo erneut seinen Amtseid ab – just vor dem Mann, der ihn vor zwei Monaten unbedingt hatte loswerden wollen: Präsident Maithripala Sirisena. Mit Wickremesinghes erstaunlichem Comeback ist die Verfassungskrise auf der südasiatischen Ferieninsel vorerst beigelegt.

Lösung auf Zeit

«Dies ist ein Sieg für die demokratischen Institutionen unseres Landes und die Souveränität der Bürger», sagte Wickremesinghe. «Ich danke allen, die standhaft die Verfassung verteidigt und den Triumph der Demokratie sichergestellt haben.» Sirisena hatte im Vorfeld mehrfach erklärt, dass er Wickremesinghe nicht wiedereinsetzen werde, doch er musste zurückrudern, denn er braucht die Unterstützung des Parlaments, das am 1. Januar 2019 über den vorläufigen Haushalt entscheiden muss.

Wie lange der Frieden hält, ist jedoch offen. Denn der Rücktritt Mahinda Rajapakses, den Sirisena anstelle Wickremesinghes am 26. Oktober als Premierminister eingesetzt hatte, erfolgte alles andere als freiwillig. Vergangene Woche hatte das Oberste Gericht die Auflösung des Parlaments und die Absetzung Wickremesinghes, beides von Sirisena angeordnet, für verfassungswidrig erklärt. Das Urteil hinderte Rajapakse nicht daran, sich an das Amt zu klammern, das er nach Meinung der Opposition durch einen Putsch von oben erhalten hatte.

Erst nachdem die Richter Rajapakses Antrag auf Berufung abgelehnt hatten, gab der ehemalige Präsident seinen Rücktritt bekannt – ohne Zeichen der Einsicht zu zeigen. «Das Volk wird den Wandel bekommen, den es will. Niemand kann das verhindern», sagte er bei seinem Rücktritt und warf der Opposition Täuschungsmanöver vor, um Wahlen zu verhindern.



REUTERS

Ranil Wickremesinghe
Neuer Premierminister von Sri Lanka

Die Faktenlage hingegen legt eher nahe, dass Rajapakse seine Rückkehr an die Macht beschleunigen wollte, was Beobachter im In- und Ausland überraschte. Rajapakse galt ohnehin als Favorit für die 2020 stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Doch offenbar hatte sich das Verhältnis zwischen dem seit Anfang 2015 amtierenden Premierminister Wickremesinghe und Präsident Sirisena über die Jahre derart verschlechtert, dass dieser meinte, zu einer verfassungswidrigen Notbremse greifen zu müssen.

Für das Funktionieren der Demokratie in Sri Lanka ist die Krise daher eine gute und eine schlechte Nachricht. Das Oberste Gericht hat seine Unabhängigkeit ebenso bewiesen wie das Parlament, das in den Wochen nach seiner Auflösung durch Sirisena weitermachte und Rajapakse eine Mehrheit verweigerte. Doch die Selbstherrlichkeit des Präsidenten, der meinte, über der Verfassung zu stehen, und die Kampfansage Rajapakses an die Opposition werfen einen dunklen Schatten voraus.

Zwischen Indien und China

Rajapakse war von 2005 bis 2015 Präsident in Sri Lanka und erwarb sich in dieser Zeit das Verdienst, mithilfe der Armee den mehr als 26 Jahre währenden Bürgerkrieg gegen die als Tamil Tigers bekannte Separatistengruppe LTTE niedergeschlagen zu haben. Doch die Niederlage der international als Terrororganisation eingestuften LTTE, die für einen unabhängigen Staat der tamilischen Bevölkerungsminderheit auf der Insel kämpfte, wurde teuer erkauft. Zwischen 80 000 und 100 000 Menschen kamen in dem Bürgerkrieg ums Leben.

Rajapakse regierte in den Jahren danach zunehmend mit eiserner Faust und ging massiv gegen kritische Journalisten und Aktivisten vor, die verlangten, die Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs aufzuklären. Die Wahl Sirisenas 2015 und seine Ankündigung, die Vergangenheit nicht länger totzuschweigen, galt als Hoffnungszeichen für den politischen Verständigungsprozess und die Demokratie in Sri Lanka.

Doch nicht zuletzt die zuvor von Rajapakse geförderten massiven chinesischen Investitionen in Sri Lanka haben offenbar zum Zerwürfnis zwischen Sirisena und Wickremesinghe beigetragen. Wickremesinghe gilt als eher indienfreundlich, während Sirisena um Ausgleich zwischen den asiatischen Grossmächten bemüht war. Kurz vor der Absetzung Wickremesinghes hat Sirisena nach Medienberichten in einer Kabinettssitzung behauptet, der indische Geheimdienst Research and Analysis Wing (RAW) wolle ihn ermorden.

Neu-Delhi bemüht sich, in Sri Lanka eine neutrale Position einzunehmen, seit 1991 der damalige indische Premierminister Rajiv Gandhi durch die LTTE ermordet wurde. Doch die chinesischen Aktivitäten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft beobachtet Indien mit Sorge. Pekings Investitionen in Sri Lanka sind ein wichtiger Bestandteil der globalen «One Belt, One Road»-Initiative, an der Indien sich nicht beteiligt.

«Wir sind jetzt zusammen»

Ungarns Opposition vereint sich gegen die Regierung Orban

MERET BAUMANN, BUDAPEST

«Es geht nicht mehr um links oder rechts, wir sind jetzt zusammen», sagt Eszter Martay bestimmt. Die junge Bürokauffrau hat sich den über 10 000 anderen Menschen angeschlossen, die am Sonntag in Budapest gegen die Regierung von Viktor Orban demonstriert haben. Es war bereits die vierte Protestkundgebung der Woche, zuvor hatten jeweils am Abend Manifestationen vor dem Parlament stattgefunden, wobei es auch zu Scharmützeln mit der Polizei und Dutzenden von Festnahmen kam. Am Sonntag organisierten aber erstmals seit Orbans Rückkehr an die Macht 2010 alle oppositionellen Parlamentsparteien gemeinsam eine Demonstration. Gewerkschafter, Anhänger der Linken, der liberalen Kräfte LMP und Momentum sowie der rechten Partei Jobbik marschierten Seite an Seite, ihre Exponenten teilten sich dann dieselbe Bühne.

Gegen das «Sklaven-Gesetz»

Unmittelbar ausgelöst haben die Protestwelle zwei Gesetze, die das Parlament am Mittwoch verabschiedet hat. Eine Novelle des Arbeitszeitgesetzes sieht vor, dass künftig maximal 400 Überstunden pro Jahr statt wie bisher 250 zulässig sind. Die Opposition kritisiert den Vorstoss als «Sklaven-Gesetz». Mit einer zweiten Vorlage wurde zudem die Schaffung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit beschlossen. Der Justizminister soll dabei weitgehende Kompetenzen bei der Auswahl der neuen Richter erhalten, was für Kritiker eine akute Gefahr für die Gewaltenteilung darstellt. Die Opposition beklagt, dass bei der tumultuösen Parlamentsabstimmung prozedurale Regeln verletzt worden seien. Das sei ein Grund für die Einigkeit der Oppositionsparteien, wie der sozialistische Abgeordnete Tamas Harangozo am Rand der Kundgebung erklärt.

Allerdings konnte die Protestwelle nur eine solche Dynamik annehmen, weil in ihr ein Widerstand zum Ausdruck kommt, der weit über jenen gegen diese jüngsten Gesetze hinausgeht. Auf Schildern und in Reden wurden die autoritären Tendenzen, die Korruption, das Aussterben unabhängiger Medien sowie das Vorgehen gegen die Central European University angeprangert.

Erdrückende Propaganda

Eine ähnliche Entwicklung war bereits 2014 zu beobachten, als eine von der Regierung geplante Internetsteuer Massenkundgebungen auslöste. Damals liess Orban das Vorhaben aufgrund des breiten Unmuts fallen. Ein solches Einlenken ist auch jetzt denkbar, sollte die Protestbewegung anhalten. Allerdings hat sich die Situation gegenüber 2014 verändert. Die Übermacht regierungstreuer Medien ist inzwischen derart erdrückend, dass die Demonstranten ihren Anliegen fast ausschliesslich über wenige unabhängige Nachrichtenportale Gehör verschaffen können. Die Propagandamedien berichteten dagegen vor allem über Zusammenstösse mit der Polizei und ein Chaos, in das die Demonstranten das Land angeblich stürzen wollten. Auch die Regierungspartei Fidesz betonte in einer Stellungnahme gewalttätige Ausschreitungen. Die Proteste seien organisiert vom «migrationsfreundlichen Soros-Netzwerk».

Der Zusammenschluss der Opposition ist bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass eine Kooperation im Vorfeld von Wahlen bisher stets gescheitert war und die Linke sich als «demokratische» Opposition bezeichnete, im Gegensatz zur radikalen Partei Jobbik. Diese Zersplitterung der Orban-Gegner trug massgeblich zu dessen grosser Mehrheit bei. Sollte die Zusammenarbeit sich als nachhaltig erweisen, könnte dies dem Regierungschef mittelfristig Kopfzerbrechen bereiten. Den Willen dazu bekräftigten am Sonntag viele Gesprächspartner. Das «Sklaven-Gesetz» sei der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe, hiess es.